

# EUROPÄISCHES PARLAMENT

2004



2009

---

20.10.2008

0090/2008

## SCHRIFTLICHE ERKLÄRUNG

eingereicht gemäß Artikel 116 der Geschäftsordnung

von Richard Howitt, Caroline Lucas, Patrick Gaubert, Helmuth Markov,  
Renate Weber

zu Kolumbien und den APS-Plus-Handelspräferenzen

Fristablauf: 5.2.2009

**0090/2008**

## **Schriftliche Erklärung zu Kolumbien und den APS-Plus-Handelspräferenzen**

*Das Europäische Parlament,*

- gestützt auf Artikel 116 seiner Geschäftsordnung,
  - A. in der Erwägung, dass der Regierung von Kolumbien unter der Voraussetzung der „tatsächlichen Umsetzung“ einer Reihe wesentlicher Übereinkommen zu Arbeitnehmer- und Menschenrechten ein ab Januar 2006 gültiger APS-Plus-Status gewährt wurde,
  - B. in der Erwägung, dass aus jüngsten Berichten der Nationalen Gewerkschaftsschule Kolumbiens (ENS), der Kolumbianischen Juristenkommission und des US-Außenministeriums (sowie zahlreicher nichtstaatlicher Organisationen) hervorgeht, dass die Regierung diese Übereinkommen bisher nicht wirksam umgesetzt hat,
  - C. in der Erwägung, dass der IAO-Sachverständigenausschuss für die Anwendung von Übereinkommen und Empfehlungen im Jahr 2008 Bedenken über gewerkschaftsfeindliche Praktiken zum Ausdruck gebracht hat,
  - D. in der Erwägung, dass sich der IAO-Ausschuss für die Durchführung der Normen in einem im Jahr 2008 verfassten Bericht besorgt über gewerkschaftsfeindliche Praktiken geäußert hat,
1. fordert die Kommission und den Rat auf, das Erneuerungsverfahren für die Verordnung (EG) Nr. 732/2008 des Rates (Anwendung eines Schemas allgemeiner Zollpräferenzen) zu nutzen, um
    - a) die Ausführungen einer Reihe kolumbianischer Gewerkschaften und nichtstaatlicher Organisationen (darunter auch die IAO) umfassend zu beurteilen, in denen diese Verstöße gegen Arbeitnehmer- und Menschenrechte genauer erläutert werden,
    - b) eine Untersuchung betreffend der Tatsache durchzuführen, dass die im Anhang der Verordnung aufgeführten Arbeitnehmer- und Menschenrechte durch die Regierung nicht „tatsächlich umgesetzt“ wurden,
    - c) den APS-Plus-Bericht über begünstigte Länder dem Handelsausschuss unter Ausschluss der Öffentlichkeit vor dem 15. Dezember 2008 vorzustellen;
  2. beauftragt seinen Präsidenten, diese Erklärung mit den Namen der Unterzeichner dem Rat, der Kommission und den Mitgliedstaaten zu übermitteln.